

# Später Starttermin verärgert Opposition

## Berufseinstiegsbegleitung: Grüne und FDP fordern Beginn der Förderung für September

Von Markus Lohmüller

**München.** Die Berufseinstiegsbegleitung in Bayern ist gerettet – und trotzdem sind Grüne und FDP noch nicht zufrieden. Die beiden Oppositionsparteien fordern den Start der neuen Förderrunde bereits für den Beginn des nächsten Schuljahres im September ein. Das Kultusministerium hingegen sieht dafür Zeit bis zum März 2023.

Nachdem die Staatsregierung das Programm aus Kostengründen eigentlich schon aufgegeben hatte, verkündete Kultusminister Michael Piazzolo (Freie Wähler) vergangene Woche überraschend dessen Fortsetzung. Demnach sollen ab dem Schuljahr 2022/2023 rund 3500 weitere Jugendliche drei Jahre lang beim Schulabschluss, bei den Bewerbungen und in der Ausbildung unterstützt werden. Das Angebot richtet sich an Mittel- und Förderschüler, die sich beim Wechsel in die Arbeitswelt schwertun.

„Minister Piazzolo hat unter Vor Spiegelung falscher Tatsachen eine



**FDP-Politiker Helmut Kaltenhauser spricht von einer Täuschung der Öffentlichkeit.** Archivfoto: Matthias Balk/dpa

nahtlose Verlängerung der Berufseinstiegsbegleitung versprochen. Er hat damit bewusst die Öffentlichkeit getäuscht“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag, Helmut Kaltenhauser, am Donnerstag unserer Redaktion. „Da die Verlängerung erst ab März 2023 beginnt, verlieren

Tausende Kinder und Jugendliche wichtige Monate, um ins Berufsleben einzusteigen.“

Die haushaltspolitische Sprecherin der Grünen, Claudia Köhler, fordert: „Die Berufseinstiegsbegleitung muss im September 2022 verlässlich starten und finanziert werden. Wir müssen unseren Unternehmen bei der Gewinnung von Azubis dringend helfen.“ Auch ihre Fraktionskollegin Rosi Steinberger aus Landshut warnt vor einem angeblichen Sparmodell: „Wenn man den jungen Menschen wirklich unter die Arme greifen will, sollte man es auch gescheit machen.“

### *Kultusministerium führt pädagogische Gründe an*

Das Kultusministerium in München hingegen führt für seine Entscheidung pädagogische Gründe an. Im Verlauf des Schuljahres könne besser beurteilt werden, welche Schüler am meisten von den Maßnahmen profitierten, teilte eine Sprecherin unserer Redaktion auf

Anfrage mit. Aufgrund der „bisherigen pandemiebedingten Auswirkungen auf das Unterrichtsgeschehen“ sei ein Start der Maßnahmen zu Schuljahresbeginn nicht günstig. Auch die vorherige Gruppe sei bereits im März anstatt wie zuvor üblich im September gestartet. Damals war der Freistaat bei der Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung eingesprungen, weil es für das Projekt kein EU-Geld mehr gab.

Für die neue Förderrunde mit einer Laufzeit von drei Jahren erwartet das Kultusministerium Kosten für den Freistaat von 18,85 Millionen Euro. Das geht aus den Antworten des Ministeriums auf Anfragen der Abgeordneten Kaltenhauser und Köhler hervor. Dieselbe Summe hat demnach die Bundesagentur für Arbeit zu zahlen, die sich zur Hälfte an den Gesamtkosten beteiligt. Das Kultusministerium will seinen Anteil „aus Haushaltsmitteln zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit pandemiebedingten Rückständen und zur Berufsorientierung“ finanzieren.